Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 19 — Dienstag, den 14. Februar 1928 — 41. Jahrgang

Hindenburgs Botschaft.

Man ist im Reichstag festgefahren und es hatte einen Augenblick sogar den Anschein, als stehe man unmittelbar vor Auflösung und Neuwahlen. Praktisch war die Regierungskoalition auseinandergebrochen, weil sich Zentrum und Deutsche Volkspartei in der Frage des Schulgesetzentwurfes noch um keinen Schritt nähergekommen waren; dahinter steht die große Frage, ob man sich überhaupt näherkommen will. Ist doch ein großer Teil des Zentrums für sofortige oder zum mindesten baldige Auflösung des Reichstages nicht wegen des Schulgesetzentwurfes, sondern aus allgemeinen politischen Gründen, weil man dort die Koalition mit den Deutschnationalen nicht länger mitmachen will oder nicht mitmachen zu können glaubt.

Und in diese Situation platzte nun der Brief des Reichspräsidenten hinein, der an den Reichskanzler das Ersuchen richtete, alles daranzusetzen, daß der Reichstag wenigstens noch den Etat, die Gesetze über die Liquidationsgeschädigten und die Kleinrentnerversorgung, den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches und vor allem die Aktion zur Linderung der Notlage in der Landwirtschaft fertigstellt. Dieses Vorgehen des Reichspräsidenten ist lediglich eine Anregung, freilich eine solche, über die die Parteien des Reichstages doch nicht so ohne weiteres hinweggehen können. Man möchte diesen Brief vergleichen mit den sogenannten Botschaften, die der amerikanische Präsident des öfteren an den Kongreß in Washington zu richten pflegt und die auch der Verfassung gemäß über den Rahmen einer bloßen Anregung nicht hinausgehen. Wie sie wirken und ob sie wirken, hängt in der Hauptsache von dem tatsächlichen Einfluß ab, den die Persönlichkeit ausübt, von der sie ausgehen, hängt auch davon ab, ob sie Stimmungen und Wünschen Ausdruck geben, die außerhalb des Parlaments bestehen und über den engen Rahmen der Fraktionswünsche hinausgehen. Sie sind dann manchmal freilich diesen Fraktionen recht unbequem!

Zunächst hat der Hindenburg-Brief eine solche Wirkung insofern ausgeübt, als die Zentrumsfraktion ihre Entscheidung vertagte und von neuem Versuche gemacht werden, in der Frage des Schulgesetzentwurfes doch noch zu einer Einigung zu kommen. Schon darin wird einer Anregung des Briefes Folge geleistet und man geht auch nicht fehl, anzunehmen, daß dieser Entwurf nur vertagt wird, wenn sich die darüber bestehenden Differenzen als vorläufig unlösbar herausstellen sollten. Allerdings ist gerade dieser Entwurf das stärkste Band, das die Koalition umschloß, und es bedarf eingehender Verhandlung, um für die Fortarbeit der Koalition in dem Sinne, wie es der Reichspräsident vorschlägt, eine neue Grundlage zu schaffen, wenn die Koalition zusammenbleiben soll. Daß dies besondere Schwierigkeiten hat, geht schon daraus hervor, daß die parlamentarische Mehrheit dieser Koalition recht gering ist. Im Mai oder Juni zu wählen, ist aber für manche Parteien nicht erwünscht, die es vielmehr lieber gesehen hätten, wenn sofort neugewählt werden würde. Aber im Reichstag hat man eben den allgemeinen Eindruck, daß man sich um so weniger über den Hindenburg-Brief hinwegsetzen darf, weil er weitverbreitete Wünsche und Stimmungen ruhig denkender Kreise zum Ausdruck bringt. Was das Frühjahr an inneren Wirtschaftskämpfen bringen wird, läßt sich vorläufig noch nicht absehen; sehr wahrscheinlich sind sie aber. Das würde die Wahlkämpfe und die inneren Auseinandersetzungen noch verschärfen, und dem will der Hindenburg-Brief zweifellos ausbiegen. Im Laufe dieser Woche wird aber die Entscheidung fallen müssen, wie die Fraktionen der Regierungskoalition sich zu den Wünschen des Reichspräsidenten stellen werden und ob sich eine Formel finden läßt, dieser Anregung Folge zu leisten. Einfach wird es gewiß nicht sein.

Ohne Schulgesetz keine Koalition.

Neue Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses.

Die Kompromißverhandlungen über das Zustandekommen des Reichsschulgesetzes werden unter Mitwirkung des Reichsinnenministers mit großem Eifer betrieben. Am Montag soll sich nochmals der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien mit der Frage beschäftigen, nachdem ihm in seiner ersten Sitzung bereits neue Vorschläge vom Reichsinnenminister zum Reichsschulgesetz vorgelegt worden sind. Diese Vorschläge sind an die Parteien zur Weiterberatung geleitet worden.

Allgemeine Beachtung in politischen Kreisen findet eine Auslassung der Deutschnationalen Volkspartei, in der sie ihre Auffassung über den Inhalt des Hindenburg-Briefes erläutert. In dieser Auslassung wird betont, daß nach deutschnationaler Auffassung die Mahnung des Reichspräsidenten an die Parteien in erster Linie dahin geht, sich über das Schulgesetz zu einigen. Nur dadurch würde auch eine wirkliche Voraussetzung für die Erledigung der anderen Aufgaben geschaffen werden. Die Deutschnationale Volkspartei ist ebenfalls gewillt, alles zu tun, um das Schulgesetz unter Dach zu bringen und damit die politische und psychologische Voraussetzung für die dem Wunsch des Reichspräsidenten entsprechende Erledigung der sonstigen Aufgaben einschließlich des Strafgesetzbuches — also für den weiteren Bestand der jetzigen Regierungskoalition bis zum verfassungsmäßigen Endtermin der Legislaturperiode — zu schaffen. Die Deutschnationalen sehen es also als die **erste Aufgabe an, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer Einigung über das Schulgesetz entgegenstehen.**

Zentrum und Volkspartei.

Die Volkspartei soll aus der Regierung austreten.

Im Reichstag umgehende Gerüchte, wonach der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Abg. Dr. Guérard, dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, einen Brief geschrieben haben soll, worin er die Volkspartei auffordert, ihre Minister aus der Reichsregierung zurückzuziehen, entsprechen, wie von unterrichteter Zentrumsseite verlautet, nicht den Tatsachen. Die Gerüchte sind offenbar zurückzuführen auf die Verhandlungen im Interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstages am Freitag abend. Im Laufe dieser Besprechungen ist von Zentrumsseite der Deutschen Volkspartei nahegelegt worden, daß sie aus ihrem Verhalten die Konsequenzen ziehen müsse, indem sie ihre Minister aus der Regierung zurückziehe. Beim Zentrum sowohl wie bei der Bayerischen Volkspartei vertritt man die Auffassung, daß sich die Deutsche Volkspartei durch ihre Haltung zum Schulgesetz außerhalb der Richtlinien der Regierungserklärung von 3. Februar dieses Jahres und damit außerhalb der Regierungsmehrheit gestellt habe.

Diese Auffassung wird von volksparteilicher Seite allerdings bestritten. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich mit der parlamentarischen Lage befaßt und eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die dringenden, von der Koalition übernommenen, noch der Lösung harrenden Aufgaben der Reichspolitik — Verabschiedung des Etats, Abwendung der Not der Landwirtschaft, Kriegsschädenschlußgesetz, Kleinrentnerversorgungsgesetz, Sicherung des Wohnungsbaues für 1928, Reform des Strafgesetzbuches u. a. m. — eine vorzeitige Auflösung des Reichstages vermieden werden muß, auch wenn das Reichsschulgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden sollte. Die Fraktion wird sich deshalb der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten nicht entziehen.

*

Eine Kundgebung der Führerschaft des Reichselternbundes.

Die unter starker Beteiligung unter dem Vorsitz von Unterstaatssekretär a. D. Dr. Conze zu einer außerordentlichen Tagung in Berlin zusammengetretenen Führer der im Evangelischen Reichselternbund organisierten Elternschaft aus dem ganzen Reich beschlossen nach mehrstündigen Verhandlungen, über die Ergebnisse der ersten Lesung des Reichsschulgesetzes und über die gegenwärtig zugespitzte schulpolitische Lage eine Kundgebung an die Parlamente und die Reichsregierung zu richten, in der im Namen von Millionen evangelischer Eltern an Reichsregierung und Reichstag die dringende Forderung gestellt wird, die soweit geförderte Arbeit im Reichsschulgesetz nun endlich einmal zu Ende zu führen. In weitesten Kreisen des deutschen Volks würde es nicht verstanden werden, wenn nach achtjährigem Ringen auch diesmal kein Weg der Einigung gefunden werden würde. Der Gewissensnot der christlichen Eltern muß Hilfe zuteil werden. Die Schule braucht Rechtssicherheit und Befriedigung. Reichsregierung und Reichstag dürfen sich der Verantwortung hierfür nicht entziehen.

Die Aufgaben der Reichswehr.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte Reichswehrminister Dr. Gröner aus, er werde sich zunächst bemühen, in das pulsierende Leben der Reichswehr einzubringen, die Eigenart der uns aufgezwungenen Organisation zu studieren. Wir können keine Kriegführung großen Stils mit unserem 100 000-Mann-Heer bei 12jähriger Dienstzeit mehr machen, und so stimme ich dem Außenminister durchaus zu in dem, was er über den französischen Ruf nach Sicherheit ausgeführt hat. Ich sehe also meine Aufgabe im Sinne einer neuen Entwicklung.

Über die Aufgaben im Innern des Staates möchte ich, so erklärte der Minister, bemerken, daß ich wünschen möchte, daß die Zeit der inneren Gärung abgeschlossen ist und die Reichswehr nicht mehr in eine innere Gärung einzugreifen brauche. Aber so unerwünscht ein Eingreifen im Innern ist, so muß die Reichswehr doch unter allen Umständen bereit sein und die Sicherheit geben, daß niemand es wagt, an einen Umsturz zu denken.

Die Reichswehr ist ein Instrument der verfassungsmäßigen Regierung und der Verfassung. Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerungskreise in weitestem Maße besitzen. Wir werden dem Staat und seinen Symbolen die größte Achtung und Ehrerbietung entgegenbringen. Ich werde nicht dulden, daß gegen dieses selbstverständliche Gebot verstoßen wird.

Ein Hinnehmen der Reichswehr in das parteipolitische Getriebe ist unmöglich. Eine Beeinflussung nach parteipolitischen Rücksichten müssen wir scharf zurückweisen. Leider begegnen wir dem Vorwurf der Reichswehrfeindlichkeit bei der Presse. Kritik ist wünschenswert, aber sie muß sachlich und gerecht sein. Wie das alte Heer ein starkes Band der Reichseinheit war, so werde hoffentlich auch die Reichswehr ein solches starkes Band bleiben. Wir haben keine heimlichen Absichten. Von der Truppe selbst habe ich den besten Eindruck gewonnen; aber selbstverständlich muß ich mich über die Einzelheiten noch unterrichten. Der Minister erklärt weiter: „Wir wollen uns absolut loyal dem Staat und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stellen. Ich habe alsbald den Außenminister aufgesucht und in längerer Aussprache mich mit ihm darin in Übereinstimmung befunden, daß wir nicht irgendeine Störung der Außenpolitik beabsichtigen oder gar im Schilde führen, sondern ich werde dafür sorgen, daß unsere Arbeit in engstem Einvernehmen mit dem Außenminister stattfindet, soweit sie überhaupt uns mit den außenpolitischen Wegen zusammenführt. Bezüglich der Heeresergänzung müssen die Erfahrungen mit den neuen Bestimmungen erst abgewartet werden. Abzulehnen sei die Forderung einer Herabsetzung des Bildungsniveaus der Offiziere gegen andere Berufe. Die Erregung über den Besuch des Prinzen Heinrich auf der „Berlin" teilt der Minister nicht. Schließlich kam Reichswehrminister Gröner auf die Phöbus-Angelegenheit zu sprechen. Für die Zukunft stehe er dafür ein, daß derartige Fälle von illegaler Selbständigkeit nicht mehr vorkommen.

Chamberlain gegen den Cavell-Film.

Scharfe Verurteilung.

Der englische Außenminister Sir Austen Chamberlain hat an den Herausgeber des Cavell-Films, Mr. Wilcox, einen Brief geschrieben, in dem er die Einladung zu der ersten Privatvorführung des Films ablehnt. In dem Brief sagte Chamberlain, das Andenken Miß Cavells werde in Ehren gehalten werden. Für ihn sei dieses Andenken viel zu schön, als daß er diese Geschichte im Film sehen wollte.

Es gebe Kriegsfilme, die keine bitteren Gefühle erregten, sondern lediglich die Menschheit in Bewunderung von Heldentum und Tapferkeit einigten. Aber der Cavell-Film scheine ihm von einem gänzlich verschiedenen Charakter zu sein und er müsse offen sagen, daß er die Vorführung dieses Films auf das schärfste verurteile.

Sir Austen Chamberlain hat ferner einen Brief an den Filmzensor O'Sonnor geschrieben und ihm dort ähnliche Gedanken zum Ausdruck gebracht. Nach dem englischen Gesetz ist es übrigens möglich, daß ein Film, der die Zensur nicht passiert hat, trotzdem aufgeführt wird.

Der Hersteller des Films „Dawn", Wilcox, hat an Chamberlain einen Antwortbrief gerichtet, in dem er mit aller Entschiedenheit jede Vermutung zurückweist, daß er aus dem Schicksal der Krankenschwester Cavell Kapital schlagen wolle, und versichert, daß der Film unbedingt ein Antikriegsfilm sei. Wilcox beklagt sich weiter über die Verurteilung des Films durch den Außenminister, der ihn nicht gesehen habe, und gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß sein in aller Aufrichtigkeit gemachtes Angebot auf eine so unqualifizierbare Ablehnung stoße. Herbert Wilcox hat durch Vermittlung von Sir Eric Drummond an den Völkerbundrat eine Einladung ergehen lassen, den Film zu prüfen, bevor er in Berlin und Brüssel gezeigt wird. Wilcox erhielt ein hohes Angebot für die Erwerbung des amerikanischen Rechts auf den Film.

Lady Oxford erklärt zu dem Cavell-Film in einer Zuschrift an die „Times": „Ich stimme mit der gegen die Freigabe des Cavell-Films gerichteten Protestentschließung überein. Wenn die zivilisierten Nationen bemüht sind, Frieden und guten Willen zu fördern, so kann die Neubelebung häßlicher Kriegserinnerungen keinem guten Zweck dienen."

Neue Sicherheitsvorschläge in Genf.

Prager Ergebnisse.

Die vom Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlichte Denkschrift der drei Berichterstatter des Sicherheitskomitees, Holsti, Politis und Rütgers, die vom 26. Januar bis 2. Februar in Prag getagt haben, enthält drei Meinungsäußerungen.

Der finnische Delegierte Holsti tritt in erster Linie für eine Anwendung des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens bei juristischen Streitigkeiten ein. Da nach seiner Auffassung nur geringe Aussichten für obligatorische Schiedsgerichte auch bei politischen Streitigkeiten bestehen, empfiehlt er für diese Fälle die Anwendung des Schlichtungsverfahrens.

Das Memorandum des holländischen Berichterstatters Rütgers enthält u. a. die aus den Haag- und Vollversammlungen des Völkerbundes bekannte Auslegung des Begriffes „Angreifer" und die verschiedenen Darstellungen der gegenseitigen Hilfsverpflichtungen der Völkerbundmächte. Rütgers tritt für Vorbeugungsmaßnahmen zur Verhütung etwaiger Kriege ein, die wichtiger seien als die Festsetzung nachträglicher Sanktionsmaßnahmen.

Der griechische Delegierte Politis bemerkt in seiner Auslassung, daß an eine Verwirklichung der Gedanken des Genfer Protokolls unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gedacht werden könne. Er empfiehlt den Abschluß einzelner regionaler Abkommen, mit denen sich nach seiner Ansicht auch Bestimmungen über gegenseitige militärische Hilfe verbinden lassen würden. Außerdem tritt er im Gegensatz zur Auffassung Rütgers für eine Umgestaltung der Sanktionsmaßnahmen ein. — Besonders über den Bericht Politis' dürfte sich im Sicherheitskomitee sowie in der Vorbereitenden Abrüstungskommission eine lebhafte Diskussion entwickeln.

*

Aufstand bei der Sicherheitskonferenz.

Der russische Volkskommissar Litwinow, Delegierter zu der Abrüstungskommission des Völkerbundes, hat mitgeteilt, daß der Sachverständige und Generalsekretär der Delegation Boris Stein als russischer Beobachter an den am 20. Februar beginnenden Verhandlungen des Sicherheitskomitees teilnehmen wird.

Englischer Standpunkt zur Rheinlandräumung.

Baldige Vereinbarung in England willkommen.

Der Arbeiterabgeordnete Buxton richtete im Unterhause die Anfrage an die Regierung, ob England nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280214-19/fragment/page=0001

erwägen wolle, gegenüber der Tatsache, daß die deutsch-französische Grenze durch den Locarnovertrag garantiert werde, die Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Rheinland vorzunehmen.

Unterstaatssekretär des Auswärtigen Locker-Lampson erklärte in seiner Antwort, es sei von einer vereinzelten Zurückziehung der britischen Truppen, die unter den gegenwärtigen Umständen seiner Ansicht nach keinen Vorteil zeitigen werde, nicht die Rede gewesen. Eine allgemeine Räumung des Rheinlandes vor der im Vertrag von Versailles niedergelegten Zeit könne nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Mächten einerseits und der deutschen Regierung andererseits sein. Wenn eine solche Vereinbarung möglich wäre, so würde sie der britischen Regierung sehr willkommen sein. Zweifel an dem Wert der Locarnoverträge könnten aus der bisher beibehaltenen Truppenbesetzung nicht gezogen werden.

Weiter antwortete Locker-Lampson auf eine Frage, die sich auf Kellogs Erklärung hinsichtlich der Abschaffung der Unterseeboote bezog. Locker-Lampson erklärte, der Standpunkt der britischen Regierung zugunsten einer allgemeinen Abschaffung der Unterseeboote sei bereits auf der Konferenz in Washington 1921 dargelegt und auf der letzten Marineabrüstungskonferenz in Genf erneut vertreten worden. Die wichtigste Vorbedingung sei, daß die Abschaffung allgemein erfolge.

Deutsch-englisches Kohlen-Locarno?

Vorschlag im Unterhaus.

Bei der Debatte über die Arbeitslosigkeit im **Unterhaus** forderte der konservative Abgeordnete **Boothby** in einer aufsehenerregenden Rede den Abschluß eines Kohlen-Locarno zwischen England und Deutschland. Wie er erfahren habe, seien die deutschen Grubenbesitzer und die deutschen Eisen- und Stahlindustriellen bereit, mit England ein Übereinkommen über eine Teilung der Märkte und der Preise für Kohle, Eisen und Stahl abzuschließen.

Kredithilfe für den Schweinemarkt.

Vorgehen des preußischen Landwirtschaftsministers.

Der preußische Landwirtschaftsminister Dr. **Steiger** hat entsprechend seinen Ausführungen bei der Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung im Landtag an den Reichsernährungsminister den Antrag gerichtet, zur sofortigen Entlastung des Schweinemarktes der deutschen Fleischwarenindustrie einen Kredit von rund drei Millionen Mark aus den für die Organisation des Fleischabsatzes in Aussicht genommenen 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Des weiteren hat sich der Minister dafür eingesetzt, daß der bereits bestehende Export an Fleischfertigwaren, der im letzten Jahre über 13 200 Doppelzentner betragen hat, dadurch gefördert werde, daß den Fleischwarenfabriken der Wettbewerb im Auslande durch eine Exportvergütung in Gestalt eines Einfuhrscheines der für die Herstellung einer gleichen Menge frischen Fleisches erforderlichen Gerstenmenge erleichtert werde.

*

Landwirtschaftliche Eigenschlächtereien.

Viele Landwirte der Grenzmark Posen-Westpreußen und Pommerns tragen sich im Hinblick darauf, daß die Preise für Schlachtvieh in keinem Verhältnis zum Erzeugerpreis stehen, mit dem Gedanken, das Vieh selber zu schlachten und Fleisch und Wurst an die Verbraucher zu verkaufen. Die Gutsverwaltung in Ponickel hat damit angefangen. Sie hat eine modern eingerichtete Wurstfabrik erbaut und unter Leitung eines Fachmanns in Betrieb gesetzt. Die Landwirte glauben damit ihre Wirtschaften rentabler zu gestalten.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Drohungen der Auslandsdeutschen an die Reichsregierung.

Der Ringverband der geschädigten Auslandsdeutschen und Verdrängten wandte sich in einem Telegramm an den Reichskanzler und die Reichsregierung anläßlich der Pressenachrichten über die Verschleppungstaktik in dem Liquidationsschädengesetz und forderte, das Prinzip der Unverletzlichkeit des Privateigentums aufrechtzuerhalten. Das Telegramm schließt: „Wenn uns die Regierung, die für alle anderen Volksschichten Herz und Verständnis zu haben scheint, wiederum täuscht, dann werden wir Wege gehen, die wir bisher aus Taktgefühl vermieden. Wir Auslandsdeutschen werden beweisen, daß wir, wenn wir innenpolitisch zwar anscheinend machtlos sind, doch außenpolitisch Machtfaktoren darstellen. Wir drohen nicht, aber mahnen in letzter Stunde."

Memelland.

Scharfe Maßnahmen der litauischen Polizei.

Auf Befehl des Kriegskommandanten wurden in Memel zwanzig meist jugendliche Personen verhaftet. In ihren Wohnungen wurden Haussuchungen vorgenommen. Danach wurden fünf Personen freigelassen, die übrigen in das Zuchthaus in Bajohren gebracht. Bei den Verhafteten handelt es sich nach Angabe der Kriegskommandantur um Kommunisten, und zwar fast ausschließlich um jüdische junge Leute, die aus Litauen nach dem Memelgebiet gekommen waren. Hier tagten sie wöchentlich einmal als Literatur- und Debattierklub in einer städtischen Memeler Schule. Die Verhafteten werden voraussichtlich zum Teil dem Feldgericht übergeben, zum Teil nach dem Konzentrationslager in Worny gebracht werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Aus Anlaß der Wiederkehr des Krönungstages des **Papstes** fand in der Hedwigskirche ein feierliches Pontifikalamt statt, an dem in Vertretung des Reichspräsidenten der Reichsjustizminister Dr. Hergt und in Vertretung des Reichskanzlers Staatssekretär Bünder neben anderen hervorragenden Persönlichkeiten teilnahmen.

München. Der Geschäftsordnungsausschuß des Bayerischen Landtages genehmigte die zwangsweise Vorführung des nationalsozialistischen Abgeordneten **Zipfel**, der eines Vergehens der verleumderischen Beleidigung durch die Presse angeklagt ist.

Stuttgart. Der württembergische Staatspräsident Bazille hat angeblich führende Mitglieder der demokratischen Landtagsfraktion, darunter seinen Amtsvorgänger Dr. v. Hieber, persönlich angegriffen. Die demokratische Fraktion ließ deshalb im Landtag erklären, daß sie aus diesem Verhalten die persönlichen Folgerungen auch außerhalb des Parlaments ziehen werde.

Kopenhagen. In einer im Ministerium des Äußern abgehaltenen Sitzung wurde beschlossen, Dänemark als Teilnehmer an der Internationalen Presseausstellung in Köln offiziell anzumelden.

Oslo. Die Arbeiterregierung hat ihr Rücktrittsgesuch nunmehr eingereicht. Die Ernennung der neuen Regierung wird für Dienstag erwartet.

Rom. Das faschistische Pressemt gibt bekannt, daß die Einzelheiten, welche die Blätter bisher über die Reform der Kammer und des Senats gebracht haben, grundlos und phantastisch seien und daher nur als bedauerlich angesehen werden könnten.

Washington. Der Senat hat die vor Kellogg eingebrachte Entschließung, die die Annahme einer dritten Amtsperiode durch einen Präsidenten grundsätzlich verurteilt, mit 56 gegen 26 Stimmen angenommen.

Aus der Umgegend

Nebra, 14. Februar.

— **Freiwillige Feuerwehr.** Nun ist auch die Feuerwehr zu Wort gekommen, sie hat ihr 51. Stiftungsfest begangen und mit dieser Veranstaltung gezeigt, daß sie mit Zunahme an Jahren gereifter, in Wirklichkeit aber jünger wird. Wohl sind die alten, vor langer Zeit schon zur Disposition gestellten Wehrmänner noch da, ihr Lebensmut findet immer wieder neue Kraft im Freundeskreise, aber in den Reihen der aktiven Wehr stehen so viel neue, junge Männer, daß man Mühe hat, sich zurecht zu finden. Und von diesen darf man sagen: „Wie die Alten sungen, so zwitschern auch die Jungen." Der Geist in der Wehr ist geblieben, er wird sich durchsetzen in der Zukunft, wozu ihr der übervolle, mit Gästen aus allen Volksschichten unserer Stadt besetzte Saal nur Mut bringen kann. Was die Wehr ihren Gästen am Sonntag Abend darbot, das darf — wie wir bereits vorher sagten — als der Höhepunkt unserer Vereinsveranstaltungen bezeichnet werden. Die Stadtkapelle leitete mit einem Musikstück den Unterhaltungsabend ein, dann trat in jungfräulicher Schönheit Frl. Dreßler an die Rampe und brachte in guter Aussprache nachstehenden Prolog zu Gehör:

Grüß Gott, Grüß Gott in dieser Stunde
Dich brave, tapfere Feuerwehr!
Nicht wir allein in dieser Stunde
Erweisen Achtung dir und Ehr,
Die ganze Stadt weiß wohl zu achten
Das selt'ne edelmüt'ge Trachten
Der hochverdienten Feuerwehr.
Die ständig wirket „Gott zur Ehr"!

Euch schrecken keine Hindernisse,
Ihr kennet keinen Eigennutz,
Euch hemmen keine Regengüsse,
Ihr scheuet weder Schnee noch Schmutz,
Ihr fliegt nach der Unglücksstätte;
Bemühet stets euch um die Wette,
Zu schützen eures Nächsten Gut
Vor Wassersnot und Feuerglut.

Ihr helft dem Freunde wie dem Feinde,
Dem armen wie dem reichen Mann,
Wo herzerweichend einer weinte,
Weil seine Hoffnung schon zerrann:
Ihr rettet ihn aus grauf'gen Flammen,
Reicht auch schon das Gebälk zusammen.
Des Wehrmanns kühner Heldenmut
Bringt eilig ihn in sich're Hut.

Er trägt davon oft schwere Wunden —,
Bleibt oft ein Krüppel lebenslang —
Und doch wird ihm für solche Stunden
Der Opferkühnheit selten Dank —;
Es lohnte seine Tat kein Orden,
Auch ist ihm kein Ersatz geworden
Für seines Armes Riesenkraft,
Die seinen Unterhalt geschafft.

Solch Edelmut muß uns beschämen;
In dieses Festes froher Stunde
Sollt ihr aus Frauenmund vernehmen
Die sicher angenehme Kunde:
Daß unsre Bürger hoch euch achten,
Daß künftig alle darnach trachten
Der braven, tapfern Feuerwehr
Zu zollen die verdiente Ehr'.

Wer freudig fremde Tränen stillet,
Wer selbstlos wehret fremder Not,
Wer opferfreudig stets erfüllet
Der reinen Liebe höchst Gebot,
Der hat vor allen andern Leuten
Ein Anrecht auf die reinsten Freuden,
Auf ungetrübte, höchste Lust,
Die je bewegt des Menschen Brust.

So mögt ihr denn am heut'gen Feste
Vergnügen euch auf's allerbeste!
Es mög' des Festes frohe Lust
Noch lang' erfüllen eure Brust
Und eure tapfern Arme stärken
Zu neuen Samariterwerken! —
Zu unserm Schutz, zu Gottes Ehr'
Gedeih' die brave Feuerwehr!

Nach einem weiteren Musikstück ging der Vorhang hoch für das Kernstück des Abends, das fünfaktige Schauspiel: „Gib mich frei!" Ernst Ritterfeld hat in diesem nach dem gleichnamigen Roman unserer heimatlichen Schriftstellerin Courths-Mahler ein Charaktergemälde geschaffen, wie es früher durch den Standes- und Klassendünkel nur zu oft Wirklichkeit war, in neuerer Zeit durch die politischen Ereignisse aber wohl fast zur Sage geworden ist. Die Spielzeit des Stückes ist ja auch als vor dem Weltkrieg bezeichnet. Ein bischen Standesdünkel, ein Batzen Geld werden zusammengetan und daraus soll das Pflänzchen Liebe emporkeimen. Die Ereignisse im Stück aber zeigen, daß die Liebe eine zarte Pflanze ist, die andere Vorbedingungen erfordert. Charakterstärke und Pflichtgefühl müssen den Herzensboden befruchten, aus dem die wahre, echte Liebe dann emporsprießt.

Zur Durchführung dieses äußerst schwierigen Bühnenwerkes hatte sich der Wehr ein Ensemble zur Verfügung gestellt, das zwar schon oft erprobt, diesmal aber in besonders glücklicher Rollenverteilung etwas ganz Außerordentliches bot. Da trat der Konsul Limbach in seiner bürgerlichen Feinheit seiner hochfahrenden adligen Gattin, einer geb. Freiin von Schlorndorf mit echtem Takt entgegen, die Seelenkämpfe der Nichte Lisa nahmen die Zuschauer geradezu gefangen, jeder im Saale fühlte mit ihr und verdammte ihren ihr eben gewissermaßen zwangsweise angetrauten adligen Gatten, einen Husarenoffizier, wegen seiner Gleichgültigkeit, mit der er die Ehe beginnen wollte. Die Offenheit und Festigkeit, mit der widerum des letzteren Schwester Lotte und sein Freund Kurt von Mallwitz einander gegenübertraten, um ein Paar zu werden, obwohl beide mit Glücksgütern nicht gesegnet waren, brachte eine wohltuende Abwechslung in die Handlung. Eine ebenfalls sympathische Figur stellte die Gutsbesitzerswitwe von Rahnsdorf, Konsul Limbachs Schwester. Ihr Regietalent und ihre Herzensgüte nötigten größte Hochachtung ab. Und schließlich müssen wir noch einen Mitwirkenden besonders erwähnen, der seine Rolle so gut durchzuführen verstand, daß zu allem Ernst auch ein wenig Heiterkeit sich gesellte . . . „Nun, mir kann's recht sein!", wir wollen dem alten Martin versichern, daß es auch uns immer recht war, wenn er die trüben Wolken mit seiner Milchtasse hinwegscheuchte. Nun sei aber durchaus nicht gesagt, daß die anderen Rollen, so die der Mamsell Birkner, des Kutschers Heinrich, der Wanda und des Fährmanns etwa nicht erwähnenswert seien, nein, sie fügten sich ins Ganze äußerst geschickt ein und trugen zum Erfolg bei. Nun sei noch der Regie besonders gedacht. Der dramatische Abschluß in Nizza am Meeresstrand war geradezu packend inszeniert. Als der Vorhang zum letzten Male fiel, da war sich jeder Besucher bewußt, ein Stück nicht nur gesehen, sondern im Innersten miterlebt zu haben.

Nach einer kurzen Pause nahm die Wehr auf der Bühne Aufstellung und es wurden durch Hauptmann Hartmann fünf Kameraden für langjährige Dienstzeit mit Dienstlitzen ausgezeichnet. Nach Verpflichtung einiger neueingetretener Kameraden hielt Hauptmann Hartmann etwa folgende Ansprache:

„Liebe Kameraden, werte Gäste! Wir feiern heute unser 51. Stiftungsfest; leider war es uns nicht vergönnt, den langjährigen Leiter und Führer unserer Wehr, Herrn Brandmeister Meinecke bei uns zu behalten, der bittere Tod hat ihn uns leider so früh entrissen. Wir alle wissen, was er für ein edles Herz für unsere Feuerwehrsache hatte, denn heute ist der Tag, wo er sich ebenfalls mit der Dienstlitze für 35jährige Mitarbeit hätte schmücken können. Zu Ehren des Verstorbenen bitte ich die verehrte Festversammlung sich von den Plätzen zu erheben. — Mancher junge Nebraer Bürger weilt heute unter uns, der ebenfalls Mitglied unserer Wehr sein könnte. Um das Pflichtfeuerwehrsystem zu beseitigen, wäre es zu begrüßen, wenn sich noch recht viele unserer Einwohner aus allen Bevölkerungsschichten zur Freiwilligen Feuerwehr melden würden. Wenn die Freiwillige Feuerwehr 70 Mann stark würde, könnte das Kommando an die städtischen Körperschaften mit der Bitte herantreten, den Feuerlöschdienst allein zu übernehmen. Trotzdem die Wehr sich mit wenigen Ausnahmen aus Nichthausbesitzern zusammensetzt, treten sie alle ein, wenn Hilfe nottut, mit dem Wahlspruch: „Einer für alle, alle für Einen!" — Hierauf sprach der Beigeordnete Hohlbein dem Kommando und den Mitgliedern im Namen der Stadt und der gesamten Einwohnerschaft den Dank aus. — Hauptmann Hartmann dankte für die anerkennenden Worte und versprach, die von der Wehr freiwillig übernommene Pflicht auch weiterhin getreu zu erfüllen. Hierauf dankte er für den zahlreichen Besuch des Stiftungsfestes durch die Einwohnerschaft und sprach den Damen und Herren, die den Abend durch die Aufführung des Theaterstücks verschönt haben, den herzlichsten Dank aus. Alsdann gab er folgende launige Parole aus: „Kameraden! Der dienstliche Teil ist beendet und wir wollen das Löschen ohne Kommando versuchen und nebenbei das Tanzbein schwingen, wobei wir auf kräftige Mithilfe unserer werten Gäste rechnen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Polizeistunde um einige Minuten überschritten werden sollte." Und siehe da, keiner entzog sich der Löschhilfe, die Wehr war sogleich stark genug, selbst den größten Brand zu löschen.

— **Abonnements-Konzert.** Am morgigen Mittwochabend gibt unsere Stadtkapelle unter Leitung ihres bewährten Dirigenten, des Herrn Stadtmusikdirektors Röncke, im Saale des Schützenhauses das zweite Abonnements-Konzert. Das erste dieser Konzerte hat bekanntlich die Besucher derart erfreut, daß wohl keiner von ihnen diesmal fehlen wird, das Programm für den zweiten Konzertabend wird aber noch weitere musikalische Ueberraschungen bieten und es wäre wünschenswert, daß zu den Besuchern des ersten Abends sich noch zahlreiche neue Musikfreunde zugesellen.

— **Die Sicherheit auf den Straßen** ist nur gewährleistet, wenn jeder, der unsere Verkehrswege benutzt, seine Pflicht erfüllt inbezug auf genügende Beleuchtung seines Verkehrsmittels, ganz gleich ob es ein Fahrrad, ein Wagen oder ein Kraftwagen ist. Namentlich Radfahrer sind der Meinung, daß bei der jetzt sich schon bemerkbar machenden längeren Tageshelle das Mitführen einer Laterne überflüssig sei, aber das trifft nicht zu, sie machen sich durch diese Unterlassung strafbar, denn nach polizeilicher Bestimmung müssen von 6 Uhr nachmittags bis 7 Uhr früh Kraftfahrzeuge, Fuhrwerke und Fahrräder ausreichend beleuchtet sein.

— **Einkommen- und Körperschaftssteuer.** Der Reichsfinanzminister hat die Finanzämter ermächtigt, den Steuerpflichtigen mit umfangreicher Buchhaltung die Frist zur Einreichung der Steuererklärung auf Antrag bis 31. März 1928 zu verlängern.

— **Erbschaftssteuer.** Erbschaftssteuer kann eventuell in Ratenzahlungen bis zu 20 Jahren bezahlt werden.

— **Der Kreisarzt** Herr Medizinalrat Dr. Winter ist vom 20. bis 25. Februar d. Js. nach Berlin zu einem Kursus einberufen. Die Vertretung während dieser Zeit übernimmt der Kreisarzt, Herr Medizinalrat Dr. Kirsche-Naumburg.

— **Zimmerpreise während der Leipziger Frühjahrsmesse 1928.** Während der Leipziger Frühjahrsmesse, die am 4. März beginnt, betragen die Zimmerpreise für Privatwohnungen für Meßfremde RM. 3.— (einfach), RM. 4.50 (bürgerlich), RM. 6.— (gut bürgerlich), und RM. 7.50 (herrschaftlich) einschließlich Bedienungsgeld. Für besondere Ansprüche gibt es eine Sonderkasse über RM. 7.50 pro Bett. Diese Preise sind durchaus nicht höher als sie auch in anderen Großstädten bei besonderen Anlässen gefordert zu werden pflegen. Hinzu kommt noch, daß von der fünften Nacht ab eine Ermäßigung des Zimmerpreises um ein Drittel eintritt.

— **Wie schnell schwimmt eine Flaschenpost?** Mancher Leser wird bei Stellung dieser Frage rasch den Bleistift zur Hand nehmen und ausrechnen, wann eine hier in die Unstrut geworfene Flasche in Hamburg eintrifft. Das Resultat, das der Rechner hervorbringt, wird aber gewiß nicht stimmen, was folgendes Beispiel beweist. An einem Junitage vor Jahres wurde an der Roßleber Badeanstalt vom Bademeister Kurtze eine versiegelte Flasche mit einem Zettel als Inhalt der Unstrut zur Weiterbeförderung übergeben und seitdem blieb diese verschollen, niemand dachte mehr an sie. Dieser Tage nun erhielt Herr Kurtze einen Brief, daß die Flasche am 29. Januar bei Leuna am Ufer der Saale entdeckt und von dem Schüler Erich Weniger an Land genommen worden ist. Die Fahrt dauerte also länger als 8 Monate, während die zurückgelegte Strecke wohl kaum 75 Kilometer beträgt. Es ist somit anzunehmen, daß die Flasche sich an den verschiedenen Wehren recht lange aufgehalten hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280214-19/fragment/page=0002

— **Handwerker-Versammlung in Freyburg.** Zu der für den letzten Sonntag nach Freyburg einberufenen Handwerkerversammlung hatten sich kaum 80 Handwerker eingefunden, obwohl sie als Sammelpunkt aller Handwerker im Kreise Querfurt gedacht war. Das Handwerkskammermitglied Herr Schneidermeister Rühlemann eröffnete die Tagung mit einer Begrüßung der Erschienenen und gedachte im Anschluß daran ehrend des verstorbenen Kammermitgliedes Maurermeister Meinecke-Nebra, der so selbstlos für die Belange des Handwerks lange Jahre gewirkt hat. Die Versammlung ehrte dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen. Sodann hielt Herr Syndikus Voigt von der Handwerkskammer Halle einen längeren Vortrag über die in den letzten Jahren erlassenen Gesetze und Verordnungen, die dem Handwerk allerdings wenig Nutzen in der bedrängten Lage gebracht haben. Die Anwesenden hörten mit gemischten Gefühlen die Ankündigung, daß die Einrichtung eines Handwerker-Registers bei der Kammer eine Aufwendung von 12—15 000 Mk. erfordern wird, die durch Umlage auf die Handwerksbetriebe hereingebracht werden soll. Aus dem ganzen Vortrag ging hervor, daß an den maßgebenden Stellen das Handwerk infolge seiner Zerrissenheit als Stiefkind behandelt wird und schließlich auch keine Besserung zu erhoffen habe, weil — wie der Vortragende voraussieht — die nächsten Parlamentswahlen einen weiteren Ruck nach Links bringen werden. — Die sich anschließende Aussprache war recht umfangreich und zeigte, daß die Handwerker mit ihren Führern nicht ganz einig gehen, daß sie vielmehr ein kräftigeres Auftreten für die Zukunft erwarten, ähnlich wie dies bei den Führern der Bauernschaft der Fall ist.

Laucha, 10. Febr. Nach 4½stündiger, bei Ausschluß der Oeffentlichkeit geführter Verhandlung vor dem großen Schöffengericht in Naumburg wurde der Chemiker Günther Nobbe aus Laucha a. U. wegen sittlicher Beleidigung gegenüber einer Frau im Bahnabteil zu 300 Mark Geldstrafe, oder für je 10 Mark 1 Tag Gefängnis, verurteilt.

Kalbsrieth. Kurz hinter unserem Orte verunglückte am Mittwochabend das Personenauto des Buchdruckereibesitzers Möbius aus Artern. Infolge Schleuderns stürzte der Wagen an einer Kurve den Abhang hinab und überschlug sich. Die Tochter des Besitzers erlitt einen Wirbelbruch, der Vater kam mit leichteren Beschädigungen davon, während der den Wagen lenkende Schwiegersohn nicht verletzt wurde.

Heldrungen. Die Ernennung des in die bisherige hiesige Oberpfarrstelle berufenen Pfarrers Kieferling in Großbodungen zum Superintendenten des Kirchenkreises Heldrungen ist vom Kirchensenat bestätigt. Der Tag der Einführung in sein Amt steht noch nicht fest, doch rechnet man im Monat März darauf.

Bretleben. Unter der Schönfelder Brücke fand man gestern mittag die Leiche der seit 13. November v. J. vermißten 40jährigen Minna Gaspar. Diese dürfte den Tod eines Nervenleidens wegen in der Unstrut gesucht haben. Die Leiche wurde nach Bretleben transportiert.

Artern. Die Eröffnung der Autolinie Artern—Heldrungen—Kölleda findet bestimmt am Montag, den 13. Februar, statt. Diese Verkehrslinie wurde von vielen Seiten gewünscht und die Einrichtung wird daher auch allgemein begrüßt. Sie bietet mehreren abseits gelegenen Ortschaften eine gute Verbindung von und zu den Eisenbahnstationen und den anliegenden Städten.

Halle. Der Banditenüberfall auf die Hettstedter Bahn, bei dem am 7. April 1922 zwei jugendliche Räuber bei Cölme auf den langsam fahrenden Zug sprangen und Frau Rittergutsbesitzer Dr. Nette und den Ingenieur Köhler aus Gerbstedt, sowie die Gattin des Oberbahnhofvorstehers Schulz aus Gerbstedt erschossen und beraubten, scheint jetzt vor der Aufklärung zu stehen. In Weißenfels hat man im Gefängnis das Gespräch zweier Häftlinge belauscht, die sich dadurch als die Verüber jener Verbrecher verrieten. Näheres kann im Interesse der Untersuchung noch nicht mitgeteilt werden.

Nah und Fern.

○ **Berlin—Newyork per Telephon.** Im Anschluß an die offiziellen Gespräche zwischen Berlin und Newyork, die deutsche und amerikanische Minister führten, hat ein recht lebhafter privater Telephonverkehr mit Amerika eingesetzt. In der Zeit von 5 bis 7½ Uhr abends waren insgesamt 16 Gespräche von beiden Seiten ausgeführt worden. Dabei haben sich auch einige Anmeldungen gekreuzt, da hüben und drüben vielfach dieselben Stellen Interesse an einem telephonischen Gespräch zeigten.

○ **Zwischenfall in einer deutschnationalen Versammlung.** In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Dresden wurden mehrere Teilnehmer infolge Kohlenoxydgasvergiftung ohnmächtig. Aus einem Ofen drang, als die ersten Besucher den Saal betraten, Rauch hervor. Als der Redner des Abends, Landstagsabgeordneter Dr. Kretschmar, etwa ¾ Stunden gesprochen hatte, mußten zwei Damen den Saal verlassen. Plötzlich fiel der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Eckelmann, der neben dem Redner saß, ohnmächtig vom Stuhl. Darauf wurden noch mehrere Damen und Herren ohnmächtig, die hinausgeführt und zum Teil von der herbeigerufenen Feuerwehr nach ihren Wohnungen gebracht wurden. Bei einem Herrn mußte der Sauerstoffapparat in Tätigkeit treten. Lebensgefahr scheint bei keinem der Betroffenen zu bestehen.

○ **Große Spritschiebung im Rheinland.** Der Trierer Fahndungsstelle ist es gelungen, umfangreiche Steuerhinterziehungen durch Verwendung von Monopolin zu Trinkzwecken festzustellen. Die Zollfahndungsstelle konnte einen Fälscherbetrieb in Köln ausfindig machen und zahlreiche Personen ermitteln und zum Teil verhaften. Die Affäre scheint weite Kreise im Rheinland zu ziehen. Große Mengen Spiritus wurden in Köln und in Trier beschlagnahmt.

○ **Die Sturmverheerungen in Norwegen.** Andauernd laufen noch Mitteilungen über Zerstörungen und Verluste an Menschenleben als Folge der Schneelawinen und Überschwemmungen in Norwegen ein. Ein Haus in Vadheim im Bezirk Sogn wurde unter einer Schneelawine begraben, wobei fünf Personen ums Leben kamen. Überall in den betroffenen Distrikten wurden Gebäude von Lawinen zerstört oder umgerissen. Bis jetzt nennt man 20 bis 30 Tote. Die Verkehrslage auf der Bergen-Bahn ist unverändert; es wird noch lange Zeit dauern, ehe die Schäden ausgebessert sind.

○ **Kälte, Schnee und Wolfsplage in Spanien.** In der Provinz Zamora in Spanien herrscht eine ungewöhnlich scharfe Kälte und außerordentlich starker Schneefall; von Hunger getrieben, dringen ganze Scharen von Wölfen in die Dörfer vor. Die Hirten veranstalten Jagden zur Bekämpfung der Wölfe.

○ **Riesenexplosion in Amerika.** Infolge einer Explosion von Destillierapparaten bei der Beacon Oil Co. wurden mindestens fünf Personen getötet und über dreißig verletzt. Nach der Explosion brach ein Brand aus, der jedoch bald auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Von hundert in der Nähe der Destillierapparate beschäftigten Personen wurden mehrere in die Luft geschleudert.

○ **Sologesang während eines Erdbebens.** Die Bevölkerung von Mexiko wurde durch ein mehrere Minuten dauerndes Erdbeben in Unruhe versetzt. In dem Theater, in dem um diese Zeit ein spanischer Sänger ein Konzert gab, wurde nur durch die Geistesgegenwart des Künstlers eine Panik von unübersehbaren Folgen verhütet. Als das Gebäude infolge der Erdstöße erzitterte, stürzten die Zuschauer von ihren Plätzen nach den Ausgängen. Auch das Orchester setzte aus. Nur dadurch, daß der Sänger unbeirrt fortfuhr, wurde ein allgemeines Getümmel vermieden und eine Beruhigung des Publikums bewirkt. Infolgedessen kam es zu keinen weiteren Zwischenfällen.

Anklage gegen den Fabrikanten des Lukutate.

Hannover. Der Oberstaatsanwalt hat gegen den Fabrikanten des als Verjüngungsmittel angepriesenen Lukutate Anklage wegen Betrugs und unlauteren Wettbewerbs erhoben.

Ein Kran in den Rhein gestürzt.

Hamborn. Bei einem Gewittersturm stürzte ein Fünf-Tonnen-Portalkran der städtischen Rheinwerft in den Rhein. Er zertrümmerte ein kleines Boot und richtete erheblichen Schaden an einem Lastahn an. Der Kran, der in den Fluten verschwand, bildet dort ein großes Hindernis für die Schiffahrt.

Vier Räuber statt des Gatten.

Hindenburg. Als eine Hausbesitzerstrau in der Meinung, ihr Ehegatte komme nach Hause, nachts die Tür öffnete, standen zu ihrem Schrecken vier Kerle vor ihr, die mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe des Geldes forderten. Die geängstigte Frau gab den Banditen einen Betrag von 650 Mark. Darauf durchsuchten die Räuber noch alle Behältnisse nach Wertsachen und verschwanden dann, ohne erkannt zu werden.

Schweres Verkehrsunglück — 15 Verletzte.

Warschau. Bei Chenziny ist ein von Krakau nach Kielce fahrender Autobus, der mit 20 Passagieren besetzt war, an einer Straßenkurve ins Schleudern gekommen und umgekippt. 15 Personen wurden verletzt, darunter einige schwer.

Auch ein amerikanisch-deutscher Schiedsgerichtsvertrag?

Newyork. Laut offizieller Mitteilung beabsichtigt Amerika mit Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen, der dem amerikanisch-französischen ähnlich sein soll.

Der Sturm bricht los . . .

Schwere Sturmverheerungen.

Verschiedene Gegenden Deutschlands sind wieder von heftigen Stürmen heimgesucht worden. Im Schwarzwald wütete ein orkanartiger Sturm, der von außerordentlich starken Schneefällen begleitet war. Es sind beträchtliche Störungen im Postverkehr eingetreten.

In Bayern tobten stürmische Westwinde. Im Allgäu tobte ein schwerer Föhnsturm, der besonders in den Hochwaldungen schweren Schaden anrichtete.

Auch über Sachsen ist ein überaus heftiger Nordweststurm mit örtlichen gewitterartigen Erscheinungen hinweggegangen, der vielfach Schaden und Verkehrsstörungen anrichtete.

*

900 Fischer auf Eisschollen abgetrieben.

Der russische Gesandte in Reval hat bei der estländischen Regierung um dringende Hilfe für 900 russische Fischer, die mit 300 Pferden aus dem Finnischen Meerbusen auf Eisschollen infolge starken Sturmes ins offene Meer hinausgetrieben wurden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

Mitgeteilt von der Girozentrale-Kommunalbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse Nebra a. U.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Finanzausschuß des Senates am 1. Februar cr. die Vorlage über das ehemals feindliche Eigentum betreffend die sofortige Rückgabe von 80% des deutschen Eigentums und die Zahlung von 100 Millionen Dollar für Schiffe, Patente und Radioanlagen, die während des Krieges beschlagnahmt wurden, angenommen. Die Stellungnahme des Plenums des Senats bleibt nunmehr noch abzuwarten. — Die Federal-Reservebank von New-York hat ihre Diskontrate von 3½ auf 4% erhöht. — Auch die Bank von Norwegen hat am 1. Februar cr. den Diskontsatz von 5 auf 6% heraufgesetzt. — In den nächsten Tagen sollen zwischen den Regierungsparteien Erörterungen über die Frage der Aufhebung der Kapital-Ertragssteuer für festverzinsliche Werte stattfinden. — Nach den Berichten der Landes-Arbeitsämter über die Woche vom 23. bis 28. Januar 1928 ist auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt teilweise eine leichte Besserung eingetreten. — Die Reichs-Index-Ziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt für den Durchschnitt des Monats Januar 1928 150,8% gegen 151,3% im Vormonat. — Die Haltung der Börse während der Berichtswoche wurde beeinflußt durch die verschieden lautenden Nachrichten über den Ausgang der amerikanischen Freigabevorlage, sowie durch die immer noch anhaltende starke Zurückhaltung des Publikums. Im wesentlichen konnte sich jedoch das Kurs-Niveau gegenüber der Vorwoche behaupten. — Am Devisenmarkt lagen die Kurse, trotzdem gegen Ende der Berichtswoche eine leichte Erholung eintrat, noch unter den Notierungen der ersten Tage. — Die Lage am Geldmarkt war nicht ganz einheitlich. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß der Stand im Geldgroßverkehr nach wie vor flüssig ist. Der Privatdiskont ist am 6. 2. cr. für beide Sichten auf 6½% herabgesetzt worden.

Sohr der Knecht

ROMAN von ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(21. Fortsetzung.)

„Das war eine Ameise mit ihrer Freundin und die war eine Blattlaus. — Mutti, du mußt dir auch Geschichten von Sohr erzählen lassen."

Kaden konnte sich die Bemerkung nicht verkneifen: „Ja, Carla, das tu mal. Nach Feierabend habt ihr ja Zeit dazu."

„Du meinst, da könnte er mir die Geschichte von sich selbst — von Mister Flaps — erzählen."

„Mutti, aber du bist —. Mister Flaps war doch ein Hamster."

„So! Also kein Knecht?"

„Nein!"

„Und kann Sohr noch mehr, Clausimann?" fragte Kaden.

„Alles kann Sohr, Onkel. Der kann sogar" — und jetzt kam das non plus ultra — „einen Zentner mit einer Hand stemmen."

„Donnerwetter, das ist allerhand. — Aber nun sag mal, was kann denn Mutti alles?"

„Mutti?" Die Frage kam so unerwartet. Er mußte sich lange besinnen und fand doch keine Antwort. Nach einer peinlichen Pause schmiegte er sich an die Mutter, umfing sie mit beiden Armen und fragte: „Mutti, was kannst du denn eigentlich?"

„Dich lieb haben, mein Junge. Komm, gib mir einen Kuß!"

Aber dazu kam es nicht. Draußen rasselte die Mähmaschine. Sohr war da und weg war Clausimann.

Auf der Treppe hörten sie ihn rufen: „Was hast du denn gemacht, Sohr, du bist ja voll Blut?"

Tatsächlich hatte Sohr das Taschentuch um die Stirn gebunden und auf dem Weiß war ein roter Fleck.

„Gestoßen habe ich mich," sagte Sohr. „Kannst mal Mamsell fragen, ob sie nicht ein Leinenläppchen für mich hat." Er führte die Pferde in den Stall, schirrte sie ab, gab ihnen Futter und ging dann nach seiner Kammer, sich zu säubern.

Die Mamsell kam mit einem Tuch.

„Wie ist denn das zugegangen?" fragte sie.

„Wie das so zugeht."

„Zeigen Sie mal her!" Sie besah sich die Wunde, wusch sie ab und drückte dann die Wundränder zusammen.

„Lazarett," sagte Sohr. „Sie verstehen den Zimmt."

„Im Krieg haben auch wir Frauen etwas gelernt. Uebrigens verstand ich mich schon vor dem Kriege auf dieses Geschäft. Da hat mein Vater dafür gesorgt. Bei uns in Westpreußen wohnen einem die Aerzte nicht auf der Nase. — Aber eine Stoßwunde ist das nicht, mein Lieber."

„Dann ist es eben eine andere. — Wunde ist Wunde, Fräulein Kerst."

„Das schon, aber Ursache ist nicht Ursache."

„Wenn man erst die Plautze weg hat, doch."

„Sie wollen nicht Farbe bekennen? Dann sagen Sie mir wenigstens, ob der andere auch was abbekommen hat?"

„Möchten Sie den auch verbinden?"

Da wurde Fräulein Kerst rot bis unter die Haare. „Der andere interessiert mich nicht," sagte sie, aber ihre Augen leuchteten, als sie fortfuhr: „Ich will den Sohr immer obenauf sehen."

„Schau, schau, die kleine Eitelkeit. Aber Sie haben recht: der Freund darf sich von keinem an den Wagen fahren lassen, sonst kriegt sein Nimbus eine Beule und er steht nur noch halb so hoch im Werte."

„Na also, da sind wir uns ja einig. Und wie ist es mit dem anderen?"

„Diesmal hat ihn die Distanz verschont. Er warf mit Steinen und lief wie ein Faßbinder."

„Wer hat dich geworfen, Sohr?" fragte Claus. „So ein schlechter Kerl. Wenn ich den kriege!"

Die beiden hatten den Kleinen ganz vergessen, der still im Hintergrunde Auge und Ohr war. Er sollte nicht wissen, was es wieder Neues und Unschönes auf Finkenschlag gegeben hatte, aber während Sohr noch nach einer Antwort suchte, antwortete Fräulein Kerst schon: „Der Hofmeister."

Mit einem: „Das sag ich Mutti," rannte Claus davon.

„Das hätten Sie ihm nicht sagen sollen."

„Warum nicht? Morgen weiß es ganz Finkenschlag. Es ist besser, er erfährt es von uns richtig als von anderen falsch."

Mamsell war mit der Wundbehandlung fertig und wollte Sohr ein weißes Tuch umlegen. Da wehrte er aber ab.

„Nicht dieses weiße Tuch. Das ist mir zu auffällig."

Er brachte aus seinem Koffer eine breite schwarze Krawatte zum Vorschein. „Da bitte, nehmen Sie das!"

„Sie sind ein komischer Kauz, Sohr!"

„Jeder ist anders närrisch. — So, und nun vielmals bedankt. Das nächste Mal darf ich Sie wohl wieder in Anspruch nehmen?"

„Das verhüte Gott, daß Sie es nötig haben."

„Ich werde auf der Hut sein, aber möglich ist es immerhin. Der gewesene Herr Hofmeister hat mir das aschgraue Elend geschworen."

„Gewesene — sagen Sie?"

„Ja! Auf Finkenschlag wird er sich nicht wieder sehen lassen. Er hat den Zylinder aufgesetzt."

„Warum denn?"

„Ma chère, wenn Sie mich jetzt schon alles fragen, habe ich Ihnen unterm Nußbaum nichts zu erzählen, und wenn ich Ihnen jetzt alles erzähle, kommen meine Pferde auf dumme Gedanken. Sie kennen doch unsere hohe Herrin!"

„Morgen ist Sonntag."

„Alsdann auf Wiedersehen morgen."

Sie trennten sich mit einem Handschlag.

„Einen Gefallen noch können Sie mir erweisen, Fräulein Kerst: diesen Brief Frau Kaden geben."

„Gern!"

Damit gingen sie auseinander.

* * *

Sohr war mit seinem Tagewerke zufrieden. Heute saß er zum ersten Male nicht ungern unter den Knechten und Mägden am Tisch im Gesindezimmer zum Abendbrot. Die Stimmung war angeregt. Es weinte dem Voigt niemand eine Träne nach. Der war aus ihren Kreisen gewesen und durch Zufall eine Stufe höher gerückt. Dort hatte er vergessen, woher er gekommen war und sich dementsprechend betragen. Nun freuten sie sich, daß ihn das Schicksal wieder zurückbefördert hatte in ihre Reihen. Nein, noch ein Stück tiefer. Sie hatten noch immer saubere Finger — aber er?! —

Sonderbar, wie das zuging. Jetzt kannten auch alle des Hofmeisters Schleichwege. Vor zwei Stunden noch hätte niemand eine Ahnung gehabt.

„Ihr konntet wohl nicht schon früher mal den Mund auftun," verwies sie Sohr, „oder der Frau einen Wink geben." Aber sie lachten ihm ins Gesicht.

„Damit wir das Fliegen lernten," antwortete der schwarze Kreuch. „Sie haben den Voigt ja gar nicht gekannt. Wen der im Magen hatte, der war begraben und die Frau hielt ihm die Stange von wegen der Autorität. — Da war die Kathrin, die jetzt beim Bürgermeister dient, der ging er nach. Die hat mal aufgemuckt und ausgepackt. Sagt mal dem Sohr, wie lange sie noch hier war und was ihr passiert ist."

„Seine zwei Tage! So ein Hund war das," schrie die Meiemagd, „und hat das arme Luder auch noch vor den Friedensrichter gezerrt. Dort hat sie zehn Mark Strafe bezahlen dürfen wegen Beleidigung."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280214-19/fragment/page=0003

Die Mädchen im Krantz-Prozeß.

Der preußische Justizminister im Gerichtssaal.

Vor einer ungewöhnlich großen Zuhörerschaft nahm der Prozeß gegen den Primaner Krantz seinen Fortgang. Das Interesse wandte sich im Laufe der Verhandlungen mehr und mehr der Hauptzeugin, Hildegard Scheller, zu. Ihre Aussagen sind von der Verteidigung beanstandet worden, so daß man das Urteil einiger Fachleute hören wollte, die schon früher mit ihr in Berührung gekommen sind. Vor allem machte es stutzig, daß Polizeivizepräsident Dr. Weiß sie als „gefühlskroh bezeichnete. Er übergab sie unmittelbar nach der Vernehmung über die Schießerei der Polizeiärztin Wieking, die sich ebenfalls in

schärfsten Ausdrücken gegen Hilde Scheller

wandte. Allerdings hat es sich herausgestellt, daß nicht sie am Vorabend des Prozesses auf einer Berliner Tanzdiele wegen ungebührlichen Betragens hinausgewiesen wurde, sondern, daß es sich hier um ihre Freundin Ellinor Ratti handelte, die ebenfalls als Zeugin vernommen wurde.

Zuvor äußerte sich noch ein Lehrer des Krantz und Günter Schellers über die beiden Jungen. Die Begabung des Krantz und sein Interesse für alle Dinge, die über das allgemeine Schulwissen hinausgingen, sei den Lehrern aufgefallen und hätte bei ihnen Freude erregt. Scheller hingegen habe sich sogar mit dem Schulpensum nur mit Widerwillen abgegeben und sei wegen seiner zeitweiligen Verstocktheit aufgefallen. Doch haben beide Knaben nie über ihre seelischen Nöte, die so ausführlich im Gerichtssaal erörtert wurden, nur einmal etwas geäußert. Als Entlastung für den Primaner Krantz wird im weiteren Verlauf hervorgehoben, daß er als Mitglied des Jungdeutschen Ordens eine Waffe habe bei sich tragen müssen, denn die Sieglitzer rechtsgesinnten Jungen seien oft belästigt worden.

Einen Zwischenfall gab es, als der gerichtssachverständige Arzt Dr. Placzek ohne Wissen der Verteidigung im Saal erscheint, um über Hilde Scheller auszusagen. Vorher war nämlich schon ein anderer Arzt geladen worden, der sich ungünstig über Hilde Scheller ausließ. Die Verteidigung be-

Die Hauptpersonen des Schülerprozesses.

Krantz — Hildegard Scheller — Ellinor Ratti

hauptet, daß von der Staatsanwaltschaft alle belastenden Momente gegen den Angeklagten Krantz sehr ausführlich erörtert würden, die belastenden Momente gegen die Zeugin und — nach Ansicht der Verteidigung — Mittäterin Hildegard Scheller fielen aber unter den Tisch. Gegenüber diesen Beschuldigungen des Verteidigers ging aber das Gericht zur Tagesordnung über.

Es sind von der Verteidigung

35 neue Belastungszeugen

gegen Hildegard Scheller geladen worden. Unter allgemeiner Spannung wird dann die ebenfalls erst 17jährige Ellinor Ratti vernommen, die eine Zeugin der Mordtat gewesen ist. Mit ihr hatte Krantz etwas gestandet, so daß Hilde Scheller vielleicht annehmen konnte, daß Krantz ihr untreu geworden wäre. Auch sie widerspricht sich in ihren Aussagen mehrfach und kann über die Schießerei im Schlafzimmer der Familie Scheller nichts Neues aussagen. Mit Hilde sei sie auch nach der Tat noch zusammengekommen, bis ihr ihre Eltern den Verkehr untersagt haben. Aus ihrem ganzen Auftreten gewinnt man aber die Überzeugung, daß sie für ihr Alter ebenfalls zumindest leichtsinnig ist. Darüber konnten auch ihre Tränen nicht hinwegtäuschen, die sehr schnell wieder trockneten, als der Vorsitzende sie ermutigend darauf hinwies, daß sie nicht Angeklagte, sondern nur Zeugin wäre. Sie sagte dann mit einer für ihr Alter seltenen Unbefangenheit aus.

Was in diesem Prozeß besonders interessiert, ist nicht der Einzelfall der Schießerei oder gar der Schuld, sondern der Leichtsinn und die Verkommenheit eines Teiles der Großstadtjugend. Das war auch der Grund, weshalb der preußische Justizminister Dr. Schmidt selbst als Zuhörer im Moabit erschien. Der Schüler Krantz sieht auf der Anklagebank, zahlreiche ähnliche junge Leute werden täglich von Strafrichtern vernommen. Wie Lehrer und Eltern gegen die sittenlose, oft kriminelle Art der großstädtischen Jugend anzukämpfen haben, darüber wird am Ende dieses Prozesses noch zu sprechen sein.

Im Preußischen Landtag ist eine Anfrage des Abg. Dr. Faßbender (Ztr.) eingegangen, der sich gegen die gefährdende Berichterstattung der Presse über Prozesse wie den jetzigen Sieglitzer Schülermord mit aller Entschiedenheit wendet. Die Gerichte sollten auf eine Berichterstattung drängen, die die sittlichen Zustände nicht, wie es jetzt geschieht, gefährden könnten.

Richtiges Atmen.

Welchen Wert die medizinische Wissenschaft heute der Atmung beimißt, weiß jeder Laie. Und doch darf man wohl behaupten, daß es wenig Menschen gibt, die — richtig atmen. Wir beobachten heutzutage unsern Körper, unsere Gesundheit bei weitem mehr, als wir es früher zu tun gewohnt waren, aber unserer Atmung legen wir keine sonderliche Bedeutung bei, obschon wir wissen, welchen hohen Zweck sie neben anderen Funktionen des Organismus einnimmt.

Richtig atmen, das heißt, nicht nur tief einatmen. Vor allen Dingen sündigen wir beim Ausatmen. Wo die Lunge nicht frei gemacht wurde von verbrauchten Stoffen, da kann kein vollständiger Wechsel stattfinden. Wer richtig atmen will, der soll länger aus- als einatmen. Das Einatmen soll mit geschlossener Munde, also durch die Nase, das Ausatmen mit geöffnetem Munde geschehen. Es gibt viele Beschäftigungsarten, die einen Feind der richtigen Atmung bilden. Schreiben, Lesen, Nähen und dergleichen lassen uns nur zu leicht ein gesundes Atmen vergessen. So wird unser Körper stundenlang vernachlässigt, ohne daß uns das zum Bewußtsein kommt.

Neben solchem dauernden Tiefatmen sollten wir aber noch zu besonderen Zeiten eine Art Atemgymnastik treiben. Wenigstens sollten das alle diejenigen tun, die viel in Zimmerluft sich aufhalten. Ebenso sollten Mütter eine regelmäßige Atemgymnastik mit aufgeschossenen, schmalgebauten Kindern vornehmen. Bei schwacher Lunge oder bei schwachem Herzen hat man durch rechte Atemübungen erstaunliche Erfolge erzielt. Sehr gut ist es bei diesen Übungen nach einem tiefen, langsamen Einatmen, daß man die Luft so lange als möglich in der Lunge behält und erst dann stark und bis zum letzten Rest ausatmet. Durch diese Art der Atmung weiten sich Lunge und Herz mehr und mehr. Bemerkt sei noch, daß des Morgens unmittelbar nach dem Aufstehen am offenen Fenster einige Minuten tiefe Atemzüge sehr dienlich sind. Nach der langen Nachtruhe ist solch ein Lungenbad recht erfrischend.

Wenn es bei Kindern Schwierigkeiten machen sollte, sie zu einer richtigen Atemgymnastik zu bekommen, so kann man sich dadurch helfen, daß man Singübungen mit ihnen vornimmt. Wir werden selten unter Berufssängerinnen und -sängern jemand finden, der ein schwaches Herz resp. eine schwache Lunge hat; ein Beweis dafür, daß richtiges Atmen von nicht zu übersehendem Nutzen für unsern Körper ist. H. M.

Herrn Smiths Dollar.

Da erschien kürzlich in einem Newyorker Blatt ein Inserat, das kurz und bündig lautete: „Bringt mir einen Dollar. Smith, New Bond Street 21." Am nächsten Morgen stand an derselben Stelle ein zweites Inserat: „Bis morgen muß der Dollar eingezahlt sein." Und tags darauf las man dieses dritte und letzte Inserat: „Letzte Frist. Nur bis morgen noch kann der Dollar eingezahlt werden." Die Journalisten der großen Stadt Newyork gerieten in begreifliche Aufregung: sie wollten gern herauskriegen, was das mit dem geheimnisvollen Dollar auf sich habe, und rasten in die New Bond Street 21, um sich mit Herrn Smith zu unterhalten. Herr Smith war nicht zu Hause, aber sein Sekretär war da. Dieser Mann erklärte energisch, daß er nicht angestellt sei, um Auskünfte zu erteilen, sondern, um Dollars anzunehmen. Ob die Herren die Dollars brächten? Schließlich stellte es sich heraus, daß Herr Smith ein steinreicher Mann war, der mit einem Freunde um ein paar tausend Dollar gewettet hatte, daß ihm auf ein ganz unverständliches Inserat hin sofort mindestens hundert Dummköpfe je einen Dollar bringen würden. Er hat diese Wette in geradezu fabelhafter Weise gewonnen, nur daß er die Zahl derer, welche nicht alle werden, ganz bedeutend unterschätzt hatte. Es brachten ihm nämlich nicht hundert, sondern mehr als sechzehnhundert Newyorker und Newyorkerinnen je einen Dollar, ohne zu wissen, worum es sich handele. Und da behaupte noch jemand, daß die Menschen von der Natur mit Vernunft begabt seien!

Wiens große Feste.

Ein einzigartiges Festprogramm.

Der Besuch, den Wien im Schubert-Jahr aus Deutschland empfangen wird, dürfte alle bisherigen Erwartungen übertreffen. Für das im Juli stattfindende Deutsche Sängerbundesfest liegen allein bereits 150 000 Anmeldungen vor, so daß in diesen Tagen Wien voll besetzt sein wird. Um nun den Kreisen, deren Anmeldungen zum Sängerfest nicht mehr angenommen werden können, Gelegenheit zu geben, Wien im Schubert-Jahr dennoch zu besuchen, wurden nach dem Beispiel des Vorjahres für die Zeit vom 3. bis 17. Juni Festwochen angesetzt. Dr. Richard Strauß wird nach der Dresdener Uraufführung am 11. Juni die österreichische Erstaufführung der „Ägyptischen Helena" in der Wiener Staatsoper dirigieren. Max Reinhardt nimmt Neuinszenierungen des „Jedermann" und des „Großen Welttheaters" vor. Im Burgtheater wird an einer großen Neuinszenierung des „Faust" gearbeitet. Auch die Hebbelschen „Nibelungen" werden nach langjähriger Pause zum ersten Male in den Festwochen wieder aufgeführt.

Eine große Anzahl von Konzerten, darunter auch interessante kirchenmusikalische Aufführungen, ist im Ausblick genommen. Auch im Schubert-Geburtshaus werden Festaufführungen veranstaltet. Das Dresdener Hygienemuseum hat für die große Ausstellung „Frau und Kind" eine Reihe neuartiger Demonstrationsobjekte fertiggestellt, die zum ersten Male in Wien ausgestellt werden. Für ein „Rennen um den großen Preis von Österreich" wurde ein Betrag von 125 000 Schilling gestiftet. Im Burggarten, der bis vor wenigen Jahren nur dem Hofe zugänglich war, werden Freilichtaufführungen großen Stils vorbereitet. Während der Festwochen werden in Wien zahlreiche Kongresse, darunter auch ein Schulmusiker- und ein musikpädagogischer Kongreß sowie ein Handwerkerjugendtag abgehalten. Bei einem Freilichtkonzert vor dem durch 5000 Glühlampen erhellten Rathaus werden die Wiener Philharmoniker und die gesamte Wiener Sängerschaft mitwirken.

Vermischtes.

= **Neue Mode in Frauenhaaren?** Die neue Mode ist eigentlich die ganz alte, aber man muß noch ein bißchen vorsichtig sein und darf es nicht allzu laut sagen, weil man sonst manchmal zu hören bekommen könnte, was einem nicht besonders angenehm wäre. Also, um es kurz zu machen: die schon wiederholt angekündigte Wiederkehr des langen Frauenhaares scheint Wirklichkeit zu werden und die Zahl der Frauen, die sich ihre Kopfzier wieder wachsen lassen, wird immer größer. Wie groß sie bereits geworden sein muß, kann man daraus erkennen, daß die großen Naumburger Kammfabriken seit langer Zeit zum erstenmal wieder aus Amerika bedeutende Eilaufträge auf Schmuckkämme für langes Frauenhaar erhalten haben. Von Amerika ist einst die große Bubikopfbewegung ausgegangen, und Amerika ist das erste Land, in dem sie wieder abebbt. Wer sich auch nur ein bißchen auf Modenpsychologie versteht, kann sich an den Fingern abzählen, daß die Frauen der anderen Länder wahrscheinlich über kurz oder lang folgen werden.

Welt und Wissen.

w. **Archäologischer Fund in Palästina.** Von einem in Jerusalem ansässigen amerikanischen Kaplan wurde in Tabgha, nördlich vom See Genezareth, ein Teil einer schwarzen Basaltsäule mit drei Zeilen Hieroglyphen entdeckt. Ägyptologen schreiben diese Inschrift Thutmosis III. zu, der in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts vor Christi Geburt regierte. Die Inschrift erzählt davon, wie der Pharao die Heere des im Nordosten Syriens lebenden Mitanni-Stammes besiegte. Dieser Fund wird als das älteste bisher bekanntgewordene Zeugnis für die ägyptischen Feldzüge nach Palästina angesehen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Ein neuer Spionageprozeß.** Vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts begann ein großer Spionageprozeß gegen den 29 Jahre alten französischen Kriminalinspektor Emil Krämer aus Metz. Der Angeklagte wird beschuldigt, im Jahre 1926 in Frankfurt, Köln, Darmstadt und anderen größeren Städten im Westen Nachrichten und Mitteilungen, die im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhalten waren, dem französischen Spionagedienst übermittelt zu haben.

Heutere umschau.

Ihr Interesse. Vater: „Endlich hat man den längst gesuchten Raubmörder ergriffen; eben brachten sie ihn ein." — Tochter: „Ist er hübsch, Papa?"

Macht nichts. „Otto, iß doch nicht so viel Fleisch! Du wirst krank." — „Macht ja nichts . . . wir sind ja für Krankheitsfälle versichert."

Ungenügendes Einkommen. Weiblicher Arzt (dem ein Heiratsantrag gemacht wird): „Ich glaube, mein Herr, ernähren kann ich Sie schon, aber nicht kleiden!"

Schützenhaus. Schützenhaus.

Mittwoch, den 15. Februar, von abends 8 Uhr an:

2. Abonnementskonzert

der Nebraer Stadtkapelle

unter Leitung des Stadtmusikdirektors F. Rönicke.

Hierzu laden freundlichst ein

Fr. Rönicke, Stadtmusikdirektor. — R. Janda, Schützenhauswirt.

„ZUR BURG"

Donnerstag

Schlachtefest

Freundlichst ladet ein Oswald Möder.

Theaterfahrt nach Erfurt!

Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr findet im „Schützenhause" die

Auslosung der Theaterkarten

statt. J. A. der Volksbühne Artern W. Gutsmuths.

Vertreter gesucht

welcher schon langjährig in Gastwirtschaften eingeführt ist zum

Mitverkauf von Kaffee.

Bewerbungen an Kaffee-Großvertrieb **W. Grothe** Naumburg a. Saale.

Mittwoch **frischen Fisch** Pfd. 30 und 35 Pfg. geräuch. Schellfisch, engl. Bücklinge und Kieler Sprotten empfiehlt Herrmann.

Mittwoch **frischen Fisch und grüne Heringe** Kropf, Bahnhofstraße.

Teppiche — Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten lieferbar. Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M. 636 Schreiben Sie sofort!

Stellen-Anzeigen für den **„Personal-Anzeiger des Daheim"** werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim" sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 90 Pfg. für die Zeile (= 7 Silb.) bei Stellenangeboten und nur 70 Pfg. bei Stellengesuchen.

Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben.

Hobeldielen Stabbretter Fußleisten in saubersten Bearbeitung — **Kantholzlisten Dachlatten Schalbretter** in allen Stärken

Tischlerbretter

Fichte und Kiefer, besäumt und unbesäumt in allen gangbaren Dimensionen am Lager

Thüringer Holzwerke, Rossleben

Fernsprecher 63 — Am Bahnhof

ADRESSEN

jeder Art, für Ihren Betrieb liefert Ihnen der bekannte Dresdener

Adressen-Verlag G. Müller

Dresden-N 6, Königsbrücker Platz 2

(Bitten auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)

Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280214-19/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 19 — Dienstag, den 14. Februar 1928 — 41. Jahrgang

Hindenburgs Botschaft.

Man ist im Reichstag festgefahren und es hatte einen Augenblick sogar den Anschein, als stehe man unmittelbar vor Auflösung und Neuwahlen. Praktisch war die Regierungskoalition auseinandergebrochen, weil sich Zentrum und Deutsche Volkspartei in der Frage des Schulgesetzentwurfes noch um keinen Schritt nähergekommen waren; dahinter steht die große Frage, ob man sich überhaupt näherkommen will. Ist doch ein großer Teil des Zentrums für sofortige oder zum mindesten baldige Auflösung des Reichstages nicht wegen des Schulgesetzentwurfes, sondern aus allgemeinen politischen Gründen, weil man dort die Koalition mit den Deutschnationalen nicht länger mitmachen will oder nicht mitmachen zu können glaubt.

Und in diese Situation platzte nun der Brief des Reichspräsidenten hinein, der an den Reichskanzler das Ersuchen richtete, alles daranzusetzen, daß der Reichstag wenigstens noch den Etat, die Gesetze über die Liquidationsgeschädigten und die Kleinrentnerversorgung, den Entwurf des neuen Strafgesetzbuches und vor allem die Aktion zur Linderung der Notlage in der Landwirtschaft fertigstellt. Dieses Vorgehen des Reichspräsidenten ist lediglich eine Anregung, freilich eine solche, über die die Parteien des Reichstages doch nicht so ohne weiteres hinweggehen können. Man möchte diesen Brief vergleichen mit den sogenannten Botschaften, die der amerikanische Präsident des öfteren an den Kongreß in Washington zu richten pflegt und die auch der Verfassung gemäß über den Rahmen einer bloßen Anregung nicht hinausgehen. Wie sie wirken und ob sie wirken, hängt in der Hauptsache von dem tatsächlichen Einfluß ab, den die Persönlichkeit ausübt, von der sie ausgehen, hängt auch davon ab, ob sie Stimmungen und Wünschen Ausdruck geben, die außerhalb des Parlaments bestehen und über den engen Rahmen der Fraktionswünsche hinausgehen. Sie sind dann manchmal freilich diesen Fraktionen recht unbequem!

Zunächst hat der Hindenburg-Brief eine solche Wirkung insofern ausgeübt, als die Zentrumsfraktion ihre Entscheidung vertagte und von neuem Versuche gemacht werden, in der Frage des Schulgesetzentwurfes doch noch zu einer Einigung zu kommen. Schon darin wird einer Anregung des Briefes Folge geleistet und man geht auch nicht fehl, anzunehmen, daß dieser Entwurf nur vertagt wird, wenn sich die darüber bestehenden Differenzen als vorläufig unlösbar herausstellen sollten. Allerdings ist gerade dieser Entwurf das stärkste Band, das die Koalition umschloß, und es bedarf eingehender Verhandlung, um für die Fortarbeit der Koalition in dem Sinne, wie es der Reichspräsident vorschlägt, eine neue Grundlage zu schaffen, wenn die Koalition zusammenbleiben soll. Daß dies besondere Schwierigkeiten hat, geht schon daraus hervor, daß die parlamentarische Mehrheit dieser Koalition recht gering ist. Im Mai oder Juni zu wählen, ist aber für manche Parteien nicht erwünscht, die es vielmehr lieber gesehen hätten, wenn sofort neugewählt werden würde. Aber im Reichstag hat man eben den allgemeinen Eindruck, daß man sich um so weniger über den Hindenburg-Brief hinwegsetzen darf, weil er weitverbreitete Wünsche und Stimmungen ruhig denkender Kreise zum Ausdruck bringt. Was das Frühjahr an inneren Wirtschaftskämpfen bringen wird, läßt sich vorläufig noch nicht absehen; sehr wahrscheinlich sind sie aber. Das würde die Wahlkämpfe und die inneren Auseinandersetzungen noch verschärfen, und dem will der Hindenburg-Brief zweifellos ausbiegen. Im Laufe dieser Woche wird aber die Entscheidung fallen müssen, wie die Fraktion[illegible] den Wünschen des[illegible] ob sich eine Form[illegible] zu leisten. Einfach[illegible]

Ohne Sch[illegible]

Neue Sitzung

Die Kompron[illegible] kommen des Reich[illegible] des Reichsinnenm[illegible] Am Montag soll si[illegible] schuß der Regierun[illegible] nachdem ihm in se[illegible] schläge vom Reic[illegible] vorgelegt worden [illegible] teien zur Weiterbe[illegible]

Allgemeine Be[illegible]

eine Auslassung de[illegible] sie ihre Auffassun[illegible] Briefes erläutert. [illegible] nach deutschnation[illegible] Reichspräsidenten [illegible] geht, sich über das [illegible] durch würde auc[illegible] Erledigung der an[illegible] Deutschnationale [illegible] zu tun, um das [illegible] damit die politi[illegible] aussetzung für [illegible] entsprechende Erle[illegible] schließlich des Str[illegible] Bestand der jetzigen Regierungskoalition bis zum verfassungsmäßigen Endtermin der Legislaturperiode — zu schaffen. Die Deutschnationalen sehen es also als die erste Aufgabe an, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer Einigung über das Schulgesetz entgegenstehen.

Zentrum und Volkspartei.

Die Volkspartei soll aus der Regierung austreten.

Im Reichstag umgehende Gerüchte, wonach der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Abg. Dr. Guérard, dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, einen Brief geschrieben haben soll, worin er die Volkspartei auffordert, ihre Minister aus der Reichsregierung zurückzuziehen, entsprechen, wie von unterrichteter Zentrumsseite verlautet, nicht den Tatsachen. Die Gerüchte sind offenbar zurückzuführen auf die Verhandlungen im Interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstages am Freitag abend. Im Laufe dieser Besprechungen ist von Zentrumsseite der Deutschen Volkspartei nahegelegt worden, daß sie aus ihrem Verhalten die Konsequenzen ziehen müsse, indem sie ihre Minister aus der Regierung zurückziehe. Beim Zentrum sowohl wie bei der Bayerischen Volkspartei vertritt man die Auffassung, daß sich die Deutsche Volkspartei durch ihre Haltung zum Schulgesetz außerhalb der Richtlinien der Regierungserklärung vom 3. Februar dieses Jahres und damit außerhalb der Regierungsmehrheit gestellt habe.

Diese Auffassung wird von volksparteilicher Seite allerdings bestritten. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich mit der parlamentarischen Lage befaßt und eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die dringenden, von der Koalition übernommenen, noch der Lösung harrenden Aufgaben der Reichspolitik — Verabschiedung des Etats, Abwendung der Not der Landwirtschaft, Kriegsschädenschlußgesetz, Kleinrentnerversorgungsgesetz, Sicherung des Wohnungsbaues für 1928, Reform des Strafgesetzbuches u. a. m. — eine vorzeitige Auflösung des Reichstages vermieden werden muß, auch wenn das Reichsschulgesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet werden sollte. Die Fraktion wird sich deshalb der Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten nicht entziehen.

*

Eine Kundgebung der Führerschaft des Reichselternbundes.

Die unter starker Beteiligung unter dem Vorsitz von Unterstaatssekretär a. D. Dr. Conze zu einer außerordentlichen Tagung in Berlin zusammengetretenen Führer der im Evangelischen Reichselternbund organisierten Elternschaft aus dem ganzen Reich beschlossen nach mehrstündigen Verhandlungen, über die Ergebnisse der ersten Lesung des Reichsschulgesetzes und über die gegenwärtig zugespitzte schulpolitische Lage eine Kundgebung an die Parlamente und die Reichsregierung zu richten, in der im Namen von Millionen evangelische Eltern an Reichsregierung und Reichstag die dringende Forderung gestellt wird, die soweit geförderte Arbeit am Reichsschulgesetz nun endlich einmal zu Ende zu führen. In weitesten Kreisen des deutschen Volkes würde es nicht verstanden werden, wenn nach achtjährigen Ringen auch diesmal kein Weg der Einigung gefunden werden würde. Der Gewissensnot der christlichen Eltern muß Hilfe zuteil werden. Die Schule braucht Rechtssicherheit und Befriedigung. Reichsregierung und Reichstag dürfen sich der Verantwortung hierfür nicht entziehen.

Die Aufgaben der Reichswehr.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte Reichswehrminister Dr. Gröner aus, er werde sich zunächst bemühen, in das pulsierende Leben der Reichswehr einzudringen, die Eigenart der uns aufgezwungenen Organisation zu studieren. Wir können keine Kriegsführung großen Stils mit unserem 100 000-Mann-Heer bei 12jähriger Dienstzeit mehr machen, und so stimme ich den Außenminister durchaus zu in dem, was er über den französischen Ruf nach Sicherheit ausgeführt hat. Ich sehe also meine Aufgabe im Sinne einer neuen Entwicklung.

Über die Aufgaben im Innern des Staates möchte ich, so erklärte der Minister, bemerken, daß ich wünschen möchte, daß die Zeit der inneren Gärung abgeschlossen ist und die Reichswehr nicht mehr in eine innere Gärung einzugreifen brauche. Aber so unerwünscht ein Eingreifen im Innern ist, so muß die Reichswehr doch unter allen Umständen bereit sein und die Sicherheit geben, daß niemandes wagt, an einen Umsturz zu denken.

Die Reichswehr ist ein Instrument der verfassungsmäßigen Regierung und der Verfassung. Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerungskreise in weitesten Maße besitzen. Wir werden dem Staat und seinen Symbolen die größte Achtung und Ehrerbietung entgegenbringen. Ich werde nicht dulden, daß gegen dieses selbstverständliche Gebot verstoßen wird.

Ein Hineinnehmen der Reichswehr in das parteipolitische Getriebe ist unmöglich. Eine Beeinflussung nach parteipolitischen Rücksichten müssen wir scharf zurückweisen. Leider begegne man einer gewissen Reichswehrfeindlichkeit bei der Presse. Kritik ist wünschenswert, aber sie muß sachlich und gerecht sein. Wie das alte Heer ein starkes Band der Reichseinheit war, so werde hoffentlich auch die Reichswehr ein solches starkes Band bleiben. Wir haben keine heimlichen Absichten. Von der Truppe selbst habe ich den besten Eindruck gewonnen; aber selbstverständlich muß ich mich über die Einzelheiten noch unterrichten. Der Minister erklärt weiter: „Wir wollen uns absolut loyal dem Staat und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stellen. Ich habe alsbald den Außenminister aufgesucht und in langerer Aussprache mich mit ihm darin in Übereinstimmung befunden, daß wir nicht irgendeine Störung der Außenpolitik beabsichtigen oder im Schilde führen, sondern ich werde dafür sorgen, daß unsere Arbeit in engstem Einvernehmen mit dem Außenminister stattfindet, soweit sie überhaupt uns mit den außenpolitischen Wegen zusammenführt. Bezüglich der Heeresergänzung müssen die Erfahrungen mit den neuen Bestimmungen erst abgewartet werden. Abzulehnen sei die Forderung einer Herabsetzung des Bildungsniveaus der Offiziere gegen andere Berufe. Die Erregung über den Besuch des Prinzen Heinrich auf der „Berlin" teilt der Minister nicht. Schließlich kam Reichswehrminister Gröner auf die Phöbus-Angelegenheit zu sprechen. Für die Zukunft stehe er dafür ein, daß derartige Fälle von illegaler Selbständigkeit nicht mehr vorkommen.

Chamberlain gegen den Cavell-Film.

Scharfe Verurteilung.

Der englische Außenminister Sir Austen Chamberlain hat an den Herausgeber des Chavell-Films, Mr. Wilcox, einen Brief geschrieben, in dem er die Einladung zu der ersten Privatvorführung des Films ablehnt. In dem Brief sagte Chamberlain, das Andenken Miß Cavells werde in Ehren gehalten werden. Für ihn sei dieses Andenken viel zu schön, als daß er diese Geschichte im Film sehen wollte.

Es gebe Kriegsfilme, die keine bitteren Gefühle erregten, sondern lediglich die Menschheit in Bewunderung von Heldentum und Tapferkeit einigten. Aber der Cavell-Film scheine ihm von einem gänzlich verschiedenen Charakter zu sein und er müsse offen sagen, daß er die Vorführung dieses Films auf das schärfste verurteile.

Sir Austen Chamberlain hat ferner einen Brief an den Filmzensor O'Connor geschrieben und ihm dort ähnliche Gedanken zum Ausdruck gebracht. Nach dem englischen Gesetz ist es übrigens möglich, daß ein Film, der die Zensur nicht passiert hat, trotzdem aufgeführt wird.

Der Hersteller des Films „Dawn", Wilcox, hat an Chamberlain einen Antwortbrief gerichtet, in dem er mit aller Entschiedenheit jede Vermutung zurückweist, daß er aus dem Schicksal der Krankenschwester Cavell Kapital schlagen wolle, und versichert, daß der Film unbedingt ein Antikriegsfilm sei. Wilcox beklagt sich weiter über die Verurteilung des Films durch den Außenminister, der ihn nicht gesehen habe, und gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß sein in aller Aufrichtigkeit gemachtes Angebot auf eine so unqualifizierbare Ablehnung stoße. Herbert Wilcox hat durch Vermittlung von Sir Eric Drummond an den Völkerbundrat eine Einladung ergehen lassen, den Film zu prüfen, bevor er in Berlin und Brüssel gezeigt wird. Wilcox erhielt ein hohes Angebot für die Erwerbung des amerikanischen Rechts auf den Film.

Lady Oxford erklärt zu dem Cavell-Film in einer Zuschrift an die „Times": „Ich stimme mit der gegen die Freigabe des Cavell-Films gerichteten Protestentschließung überein. Wenn die zivilisierten Nationen bemüht sind, Frieden und guten Willen zu fördern, so kann die Neubelebung häßlicher Kriegserinnerungen keinem guten Zweck dienen."

Neue Sicherheitsvorschläge in Genf.

Prager Ergebnisse.

Die vom Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlichte Denkschrift der drei Berichterstatter des Sicherheitskomitees, Holsti, Politis und Rütgers, die vom 26. Januar bis 1. Februar in Prag getagt haben, enthält drei Meinungsäußerungen.

Der finnische Delegierte Holsti tritt in erster Linie für eine Anwendung des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens bei juristischen Streitigkeiten ein. Da nach seiner Auffassung nur geringe Aussichten für obligatorische Schiedsgerichte auch bei politischen Streitigkeiten bestehen, empfiehlt er für diese Fälle die Anwendung des Schlichtungsverfahrens.

Das Memorandum des holländischen Berichterstatters Rütgers enthält u. a. die aus den Rats- und Vollversammlungen des Völkerbundes bekannte Auslegung des Begriffes „Angreifer" und die verschiedenen Darstellungen der gegenseitigen Hilfsverpflichtungen der Völkerbundmächte. Rütgers tritt für Vorbeugungsmaßnahmen zur Verhütung etwaiger Kriege ein, die wichtiger seien als die Festsetzung nachträglicher Sanktionsmaßnahmen.

Der griechische Delegierte Politis bemerkt in seiner Auslassung, daß an eine Verwirklichung der Gedanken des Genfer Protokolls unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gedacht werden könne. Er empfiehlt den Abschluß einzelner regionaler Abkommen, mit denen sich nach seiner Ansicht auch Bestimmungen über gegenseitige militärische Hilfe verbinden lassen würden. Außerdem tritt er im Gegensatz zur Auffassung Rütgers für eine Umgestaltung der Sanktionsmaßnahmen ein. — Besonders über den Bericht Politis dürfte sich im Sicherheitskomitee sowie in der Vorbereitenden Abrüstungskommission eine lebhafte Diskussion entwickeln.

*

Rußland bei der Sicherheitskonferenz.

Der russische Volkskommissar Litwinow, Delegierter zu der Abrüstungskommission des Völkerbundes, hat mitgeteilt, daß der Sachverständige und Generalsekretär der Delegation Boris Stein als russischer Beobachter an den am 20. Februar beginnenden Verhandlungen des Sicherheitskomitees teilnehmen wird.

Englischer Standpunkt zur Rheinlandräumung.

Baldige Vereinbarung in England willkommen.

Der Arbeiterabgeordnete Buxton richtete im Unterhause die Anfrage an die Regierung, ob England nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280214-19/fragment/page=0005